

Behindertenbeirat tagt außerplanmäßig Ende Juni ^{WGA} ^{17.06.}

Mitglieder wollen über den Antrag der WNK/UWG debattieren. Menschen mit Handicap sollen sich zur Wahl stellen.



Wenn es nach der WNK/UWG geht, sollen alle Menschen mit Handicap aktiv am Beirat teilnehmen können.

Foto: Holger Hollemann/dpa

Als die Fraktion Die Linke vor einiger Zeit den Antrag gestellt hatte, wurde er von den Mitgliedern des Behindertenbeirates abgeschmettert. Demnach sollten alle Menschen mit Handicap die Chance bekommen, in den Beirat gewählt und darin aktiv mitarbeiten zu können – indem die Stadt sie ermittelt und anschreibt.

Weil das auf Kritik stieß, formulierte Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG, jetzt einen etwas abgewandelten Antrag. „Uns haben viele behinderte Menschen angesprochen. Sie würden gerne im Behindertenbeirat mitwirken, können es aber

derzeit nicht.“ Denn: In Wermelskirchen versenden Behinderteneinrichtungen und Initiativen jeweils einen oder zwei Delegierte in den Beirat, der dann einen Vorsitzenden bestimmt.

„Wir möchten uns die Stadt Lohmar als Beispiel nehmen“, sagt Rehse. Dort gibt es eine Art Ausschreibung, bei der die Verwaltung behinderte Menschen einlädt, sich zur Wahl zu stellen. Ihre Personalien werden an zentraler Stelle erfasst und es erfolgt eine Wahl – ähnlich wie beim Seniorenbeirat. Brigitte Hallenberg hat aufgrund des Antrags als Vorsitzende des Behindertenbeirats

eine außerplanmäßige Sitzung am 30. Juni um 17 Uhr im Bürgerzentrum einberufen. „Wir wollen dann darüber diskutieren, sagt Hallenberg.

Rehse will über den Antrag im Rat abstimmen lassen

Henning Rehse forciert indes, dass über den Antrag im Rat abgestimmt wird. „Wir halten es nämlich nicht für angemessen, dass der Beirat quasi im Alleingang entscheidet, wie seine Satzung hinsichtlich der Zusammensetzung aussieht und damit letztendlich auch entscheidet, wer im Beirat mitarbeiten darf“, sagt er. acs

Inklusionshilfe soll fortgesetzt werden

WEA
23.06.

Die Inklusionshilfe, bei der Pädagogen Kinder mit Förderbedarf unterstützen, soll fortgesetzt werden. Die WNK UWG-Fraktion fordert in der nächsten Ratssitzung, dass 70 000 Euro für das Schuljahr 2016/17 bereitgestellt werden, um das Projekt fortzuführen. Der Rat könne beschließen, dass die Inklusionshilfe eine Pflicht- und keine freiwillige Aufgabe sei. In diesem Fall dürfe das Geld trotz leerer Kassen bereitgestellt werden. Die WNK UWG-Fraktion beruft sich auf eine Aussage der Kommunalaufsicht.

Die Inklusionshilfe wird nicht nur von der WNK UWG-Fraktion als sinnvoll erachtet. Auch für die beteiligten Lehrer und Eltern ist die Inklusionshilfe in Wermelskirchen ein erfolgreiches Projekt. Auch Beigeordneter Jürgen Graef ist von dem Projekt überzeugt: „Ich arbeite seit 23 Jahren in Wermelskirchen. Ich habe nie ein Projekt gesehen, das so ein durchschlagender Erfolg war wie dieses“, sagte Jürgen Graef im Schulausschuss.

Rehse will Offenheit bei Flüchtlingsunterbringung

WEA 27.06.



Der WNK/UWG-Vorsitzende hat einige Fragen. Foto: Schmitz

Die WNK/UWG erwartet von der Stadtverwaltung mehr Offenheit in der Planung zur Flüchtlingsunterbringung. Zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses heute hat Fraktionsvorsitzender Henning Rehse Fragen. Er möchte wissen, warum die Bauplanung an der Eichholzer Straße im nicht öffentlichen Teil besprochen werden soll. „Nach allem, was wir in der jüngsten Zeit über die Kriterien für Nichtöffentlichkeit gelernt haben, sehe ich keinen Grund dafür“, sagt Rehse. Im Ältestenrat sei besprochen worden, nur Projekte nichtöffentlich zu besprechen, die nicht spruchreif seien. Das gelte für die Eichholzer Straße nicht. acs